

Josef Olbrich, Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit. Konzeption und Praxis (= Dokumentationen zur Geschichte der Erwachsenenbildung, hrsg. von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes), Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1977, 359 S., kart., 30 DM.

Wieder einmal legt die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes ein Buch zur Erwachsenenbildung vor, hier jedoch speziell zur Arbeiterbildung. Dies ist an sich kein Widerspruch, versteht sich die Volkshochschulbewegung doch auch als Bildungsstätte für den arbeitenden Menschen und sieht sich, wenn auch nicht klassenbezogen, als Nachfolgeinstitution der Arbeiterbildungsbewegung und der Volksbildungsbewegung. Doch während frühere Veröffentlichungen der Pädagogischen Arbeitsstelle mehr Gewicht auf das Wirken der Volkshochschulen und Erwachsenenbildung an sich und »Arbeiterbildung in der Volkshochschule« als spezielles Problem legten, stellt Olbrichs Dokumentation das gesamte und sehr breite Spektrum der nicht-bürgerlichen Bildungsbewegung der Weimarer Republik vor in Form von Texten aus jener Zeit.

Die Bildung der arbeitenden Massen war seit eh und je ein besonderes Anliegen der Arbeiterbewegung gewesen. Dieses Moment erhielt auf dem Mannheimer Parteitag der SPD 1906 seinen spezifischen Stellenwert, erlebte aber in der Weimarer Zeit seine besondere Ausprägung: einerseits durch die revolutionäre Ausgangsposition, andererseits durch die Spaltung der Arbeiterbewegung.

Olbrichs Verdienst ist es, diese Vielfalt vorzustellen und wieder in unser heutiges Bewußtsein zu rücken: nicht etwa, um wieder eine »Antiposition zum Bürgerlichen« (S. 13) zu beziehen, sondern um sich den »eigenen inneren Reichtum« (ebda.) der Arbeiterschaft vor Augen zu halten. Diese war immerhin in der Lage, das ausgeprägte bürgerliche Bildungswesen zu sprengen, es anzureichern und bis in die heutige Zeit zu beleben. Die wichtige Arbeit von Hildegard Feidel-Mertz »Zur Ideologie der Arbeiterbildung« erfährt durch den Abdruck von z. T. schwer greifbaren Quellen eine notwendige Ergänzung.

Die bei Olbrich abgedruckten Positionen reichen von Adler bis Zetkin, von der revolutionären Bildungstheorie der KPD mit ihrem Ziel, das Proletariat auf die Aufgaben nach der totalen Überwindung der alten Gesellschaftsformen vorzubereiten und entsprechendes Klassenbewußtsein zu prägen, bis hin zur reformistischen Funktionärs- und Volksbildung vor allem der Gewerkschaften und der Unterstützung des Volkshochschulgedankens durch die SPD in der Absicht, dadurch die Demokratisierung der Gesellschaft zu fördern und eine Brücke zu schlagen zwischen Arbeitern und Intellektuellen. Bei diesen extremen Standpunkten nimmt es nicht wunder, daß die Vertreter der »Kampfschulung« faszinierender wirken als die eher bürgerlich anmutenden Bemühungen, die Arbeiterschaft mittels Volkserziehung in den neuen Staat zu integrieren. Und es ist ferner nicht verwunderlich, daß nicht nur die Theorie der marxistischen Arbeiterbildung eine andere Wertigkeit einnimmt, sondern auch ihre praktische Durchführung, wenn natürlich auch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit gewürdigt wird, während die Bildungstätigkeit der SPD den ihr entsprechenden Platz zugewiesen bekommt.

Zwar kann die vorgestellte Dokumentation schon aufgrund der ausgewählten Schriften nicht als Legitimationsnachweis in Sachen Volkshochschule gesehen werden, dennoch sind Olbrichs kritische Ansätze in der kurzen Einleitung mehr als erfrischend. So prangert er nicht nur die bildungspolitische Neutralität von SPD und Gewerkschaften in bezug auf die Arbeiterklasse an, sondern letztlich auch das Versagen der Volkshochschulen als Arbeiterbildungsstätten nicht nur in der Weimarer Republik.

Olbrichs Ausblick auf die Lehren aus der Zeit der ersten deutschen Republik mit ihren hoffnungsvollen Ansätzen für das Problem der heutigen Arbeiterbildung sind anregend. Das derzeitige Fehlen eines Klassengedankens sollte zwar der herrschenden Gesellschaftsordnung zu verdanken sein, aber, auf den Arbeiter bezogen, bedürfen die Fragen nach rein bildungsorien-

tierten Lerneinheiten, nach Rezeption und Vermittlung von Spezial- und Einzelwissenschaften, nach schichtenspezifisch bedingter Sozialisation, nach Bildungsmotivation und die anderen weder theoretisch geklärten noch praktisch gelösten bildungstheoretischen Probleme in der Tat einer Antwort.

Horst-Peter Schulz

Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Eine Veröffentlichung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Verlag Ullstein/Propyläen, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977, 1094 S., Ln., 78 DM; Propyläen Sonderausgabe 1981, brosch., 38 DM.

Wie viele andere Politiker der Weimarer Republik, die ihr »Scheitern« im Jahre 1933 überlebt haben, ist auch Otto Braun (1872—1955), der Führer der preußischen Sozialdemokratie und mit kurzen Unterbrechungen preußischer Ministerpräsident zwischen 1920 und 1932 (bzw. 1933), schon zu seinen Lebzeiten der Vergessenheit anheimgefallen. Auch bei politisch interessierten Zeitgenossen oder selbst bei Studenten der Geschichte ruft sein Name heutzutage gewöhnlich höchstens ein fragendes Achselzucken hervor. Diese Tatsache stellt weder der politisch-historischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik, die ja allen Grund hätte, sich auf Persönlichkeiten wie Otto Braun rückzubesinnen, noch auch der Geschichtswissenschaft ein allzu gutes Zeugnis aus. Den Totengräbern der ersten Deutschen Republik, des ersten Versuchs zu einer demokratischen und sozialen staatlichen Ordnung auf deutschem Boden, hat die Fachhistorie wie die Publizistik jedenfalls weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt als jenen Persönlichkeiten, die unter allergrößten ökonomischen und innen- wie außenpolitischen Schwierigkeiten versucht haben, die Weimarer Republik als demokratisches und sozialstaatliches Gemeinwesen zu begründen, lebensfähig zu machen und zu erhalten. Aus diesem Grund ist es außerordentlich zu begrüßen, daß nun endlich eine erste wissenschaftliche Biographie von Otto Braun vorliegt.

Ihr Verfasser, Hagen Schulze, hat in seiner Einleitung eine durchaus einleuchtende Begründung für die Legitimität, ja die Notwendigkeit der politischen Biographie als einer Form der Geschichtsschreibung formuliert, wenn er darauf hinweist, daß der biographische Ansatz ein notwendiges Korrektiv zur ausschließlich »analytisch-strukturellen Darstellungsweise« sei, weil es nur so möglich werde, die individuelle und/oder kollektive Handlungs- und Gestaltungsfreiheit gegenüber den anonym bleibenden sozialen und ökonomischen oder politischen Umständen herauszuarbeiten. Auch seinen Hinweis, daß eine Nichtberücksichtigung der Entscheidungsfreiheit des Individuums, aber auch organisierter Gruppen, sehr leicht zu einem fatalen Determinismus führen kann, ist durchaus zuzustimmen. Zugleich macht Schulze deutlich, daß biographischer Ansatz für ihn nicht Rückfall in die alte These Treitschkes, Männer machten Geschichte, oder in die nicht minder fatale geistesgeschichtliche Methode, den Seelenwindungen des Helden mehr Aufmerksamkeit als seinen Handlungen und Unterlassungen zu schenken, bedeutet, sondern nur bei der Bewältigung einer doppelten Aufgabe seine Berechtigung hat: nämlich, über die biographische Darstellung hinausführend, die untersuchte Persönlichkeit in eine sorgfältige Analyse ihres engeren und weiteren politischen, sozialen und ökonomischen Umfeldes einzubetten und so ihre Bedeutung für wie auch ihre Abhängigkeit von solchen Umfeldbedingungen auszuloten. Angesichts dieser programmatischen Aussage, die übrigens den Intentionen einer stärker sozialgeschichtlich orientierten Geschichtsschreibung so fern, wie Schulze bisweilen zu glauben scheint, gar nicht steht, kann das Ergebnis, ein voluminöser Band von fast 1100 Seiten, kaum überraschen. Überraschend ist eher schon, daß sich das Buch — abgesehen von einigen wenigen Partien, in denen die Sprache des Autors, der Klarheit der Aussage nicht gerade förderlich, in einen wolkig-blumigen Stil umschlägt — gut liest und über einige literarische Qualität verfügt, was bei wissenschaft-